

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **April 2024**

Liebe Leserinnen und Leser,

es bleibt viel zu tun: Laut der Bertelsmann-Studie [Willkommenskultur in Krisenzeiten: Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung zu Migration und Integration \(2024\)](#) wird Zuwanderung seit Studienbeginn in 2012 grundsätzlich ambivalent erlebt - in einer krisenhaften Zeit wie dieser gebe es jedoch vor allem negative Konnotationen und die Einschätzung, dass Zuwanderung derzeit eher als zusätzliche Belastung wahrgenommen wird.

Die allgemeine Berichterstattung Sorge zudem dafür, dass Aufmerksamkeit auf Themen im Migrationsbereich gelenkt werde, die diese Einschätzung förderten. Ergebnisse der Erhebung, die jährlich seit 2012 in Form einer Telefonbefragung durchgeführt wird, weisen über die Jahre Konstanten auf:

Eine Mehrheit der Befragten empfindet noch immer, dass die Bevölkerung vor Ort die Wahrnehmung teilt, dass es eine Willkommenskultur für Schutzsuchende gibt (57%) und eine schnelle Arbeitsmarktintegration für Schutzsuchende in Deutschland sehen weiterhin viele Menschen positiv (87 %) (vgl. S. 35 f.).

In diesem Newsletter thematisieren wir die neue Partnerschaft der EU mit Ägypten sowie die letzten Pläne zur Bezahlkarte für Schutzsuchende. Weitere Themen sind die gestiegene Zahl der Fälle des Kirchenasyls ebenso wie der Bericht der Bundesregierung über „Sichere Herkunftsländer“ sowie zusätzliche Ergebnisse der bereits genannten Bertelsmann-Studie und die Kriminalstatistik in NRW.

Wenn Du einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben möchtest, schreibe bitte eine E-Mail an die Adresse newsletter@fnrnw.de. Unter www.fnrnw.de kannst Du Dich für den Newsletter an- oder abmelden.

Veranstaltungshinweis des Flüchtlingsrats NRW: Vorträge zu „Flucht und Behinderung“ sowie „Türkei“

Im Rahmen der nächsten Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates NRW, die am Mittwoch, 15.05.2024 von 13.30 bis 18.00 Uhr in der KEFB - Katholische Erwachsenen- und Familienbildungsstätte, Am Bergbaumuseum 37, 44791 Bochum stattfindet, wird es folgende Vorträge geben:

Unser Referent Ali Ismailovski (Café Zuflucht, Aachen) wird über die Lebenssituation für Schutzsuchende mit Behinderung berichten, welche Möglichkeiten von Teilhabe und Schutz es für Betroffene gibt und wie es um die derzeitige Versorgungslage bestellt ist. Die Rechtsanwältin Heike Geisweid (Bochum) wird über die Chancen im Asylverfahren für Asylsuchende aus der Türkei mit besonderem Blick auf politische Verfolgung sowie die Situation von Kurdinnen referieren. Alle wichtigen Informationen zur Veranstaltung findet Ihr [hier](#) in der Übersicht.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Neue Partnerschaft zwischen EU und Ägypten

In einem [Bericht der Tagesschau vom 17.03.2024](#) wird erläutert, dass die Europäische Union insgesamt Ausgaben in Höhe von 7,4 Mrd. Euro im Rahmen wirtschaftlicher Kooperationen mit Ägypten plane. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi hätten sich auf die folgenden Bereiche geeinigt: 5 Mrd. Euro seien für Darlehen und 1,8 Mrd. Euro für Investitionen in Bereichen wie Ernährungssicherheit und Digitalisierung eingeplant, weitere 600 Mio. Euro seien Zuschüsse, davon 200 Mio. für das Migrationsmanagement. Eine neue Fluchtroute über das libysche Tobruk in Richtung Griechenland mit dem Ursprung in Ägypten sei hier ein Grund für die besondere Unterstützung. Fluchtwegen in die EU solle so vorgebeugt werden. Dies wird auch in einem [Artikel des RND vom 23.02.2024](#) deutlich, der die griechischen Inseln Gavdos und Kreta als neue Ankunftsorte der Schutzsuchenden in Griechenland beschreibt. Die geplante Kooperation beinhalte zudem auch die Förderung von Fachkräften. Karl Kopp, Leiter der Europaabteilung von Pro Asyl, zeigte sich gegenüber der Funke-Mediengruppe in einem [Artikel der Zeit am 17.03.2024](#) bestürzt über die Kooperationspläne, weil Ägypten eine stark eingeschränkte Menschenrechtssituation vorweise. Die EU setze „systematisch auf die falschen Partnerschaften, um Schutzsuchende abzuwehren“.

Die Bezahlkarte für Schutzsuchende kommt

Keine Kontobindung, keine Möglichkeit zur Überweisung – auf eine solche Guthabekarte für Schutzsuchende haben sich die Ampel-Fraktionen geeinigt. Der Ausschuss für Inneres und Heimat hat laut [Kurzmeldung des Deutschen Bundestages vom 10.04.2024](#) über ein [Omnibusverfahren](#) der bundesweiten Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende zur Vermeidung von Bargeldauszahlungen zugestimmt. Omnibusverfahren bedeutet, dass Gesetzesänderungen, hier am Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), an ein laufendes Gesetzgebungsverfahren, hier am Gesetz zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht, angehängt werden, um schneller entscheiden zu können. 14 von 16 Bundesländern werden laut [ZDF-Beitrag vom 12.04.2024](#) ein gemeinsames Kartenmodell bekommen, Bayern und Hamburg hatten schon im März mit anderen Modellen begonnen. Ein Argument zur Einführung der Bezahlkarte ist laut ZDF-Beitrag die Verhinderung des Transfers von Geldleistungen ins Ausland. Es werde angenommen, dass dadurch weniger Schutzsuchende kommen. Migrationsexpertinnen wie etwa Pro Asyl in der [Pressemitteilung vom 20.02.2024](#) sowie die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen in der [Pressemitteilung am 05.03.2024](#) bezweifeln jedoch, dass es hier einen Zusammenhang gibt, schließlich suchten die Personen vor allem Schutz und Sicherheit.

Zahl der Kirchenasyle in Deutschland gestiegen

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2023 hat es nach der [Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.11.2023](#) einen deutlichen Anstieg von Kirchenasylfällen gegeben. So gab es von Januar bis Juli 2023 insgesamt 1170 Fälle mit Dublin-Bezug, sowie bundesweit 12 Fälle ohne Dublin-Bezug (vgl. S. 27), demgegenüber 2022 insgesamt 1.763 Fälle (vgl. S. 2 der [Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion AfD vom 03.02.2023](#)).

Der [taz-Artikel vom 16.02.2024](#) thematisiert ebenfalls die gestiegene Zahl von Kirchenasylfällen und stellt fest, dass von staatlicher Seite immer mehr Druck auf die Schutzsuchenden ausgeübt werde bzw. dass im letzten Jahr vermehrt Personen aus dem Kirchenasyl abgeschoben werden sollten, was früher seltener der Fall gewesen sei. Des Weiteren hatte die Fraktion Die Linke für das letzte Jahr auch nach den Dublin-Überstellungen gefragt. Von Januar bis August 2023 sind demnach 3.371 Personen in andere EU- bzw. assoziierte Staaten abgeschoben worden (vgl. S. 15). Im gleichen Zeitraum hat es 2.723 Überstellungen nach Deutschland gegeben.

Bericht der Bundesregierung zu „sicheren Herkunftsländern“

Am 15.03.2024 hat die Bundesregierung den [Bericht zur Überprüfung der sicheren Herkunftstaaten](#) für den Zeitraum vom 01.10.2021 – 30.09.2023 vorgelegt. Als „sichere Herkunftsländer“ gelten im Berichtszeitraum Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien (vgl. S. 4). Besonders zu beobachten ist nach Ansicht der Bundesregierung die politische Situation in Ghana und Senegal. In Ghana lägen grundsätzlich die Voraussetzungen für die Einstufung als „sicheres Herkunftsland“ weiterhin vor, jedoch sei insbesondere die Diskriminierung von LSBTIQ*-Personen mit Sorge zu betrachten - es gibt Berichte über Angriffe auf offener Straße, denen Sicherheitsbehörden oft nicht nachgingen (vgl. S. 16). Gleichgeschlechtliche Beziehungen stehen unter Strafe und treffen auch gesellschaftlich auf Ablehnung – im Jahr 2021 war ein staatliches Zentrum für die LSBTIQ*-Gemeinschaft nach starker Kritik in den sozialen Medien wieder geschlossen worden, im Frühjahr 2023 war eine Feier von LSBTIQ*-Personen in der Hauptstadt Accra aufgelöst worden (vgl. S. 16). Defizite in der Wahrung der Menschenrechte gebe es ebenfalls in den Bereichen Kinderarbeit, Menschenhandel, Haftbedingungen, Korruptionsbekämpfung, Gleichberechtigung der Frau, Presse- und Meinungsfreiheit, Dokumentensicherheit und Meldewesen (vgl. S. 15). Im Berichtszeitraum sind in Deutschland etwa 80-140 Asylanträge pro Quartal von ghanaischen Staatsangehörigen gestellt worden. Die Gesamtschutzquote schwankte zwischen 0,0 % und 4,3 % (vgl. S. 17).

Ein ähnliches Bild ergebe sich im Senegal. Während die Menschenrechtslage insgesamt gut sei, gebe es für einzelne Gruppen Probleme hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Anerkennung. LSBTIQ*-Personen lebten oft zurückgezogen, gleichgeschlechtliche Beziehungen stehen unter Strafe. Gesetzlich in der Verfassung vorgesehen ist ein männliches Oberhaupt, das wesentliche Entscheidungen für die Familie trifft (vgl. S. 33). Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 153 Asylanträge in Deutschland von Personen aus dem Senegal gestellt, die Gesamtschutzquote ist insgesamt sehr gering und lag quartalsweise betrachtet maximal bei 3,9 % (vgl. S. 34). Personen aus dem Senegal stellen die kleinste Gruppe von Asylsuchenden aus „sicheren Herkunftsländern“ in Deutschland dar.

Insgesamt kommt laut Bericht die größte Gruppe der Asylsuchenden aus „sicheren Herkunftsländern“ aus Nordmazedonien - im Jahr 2022 wurden 5.602 Anträge in Deutschland gestellt. Aus den weiteren genannten Staaten des Westbalkans gab es etwa aus Albanien bis zu 749 Asylanträge pro Quartal, die Gesamtschutzquote liegt für Albanien bei unter 1 % (vgl. S. 9). Für Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro und Serbien sind die Gesamtschutzquoten ebenfalls gering, auch wenn im Bericht mehrere gesellschaftliche Probleme genannt werden.

Laut [Artikel des Tagesspiegel vom 13.03.2024](#) ist die Einstufung weiterer Herkunftsländer als „sicher“ im Gespräch, derzeit setze das Innenministerium aber vor allem auf gemeinsame Migrationsabkommen zur freiwilligen Rücknahme der Bürgerinnen durch die jeweiligen Regierungen.

Bertelsmann-Studie: Willkommenskultur in Krisenzeiten

Im Rahmen der Bertelsmann-Studie [Willkommenskultur in Krisenzeiten: Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung zu Migration und Integration \(2024\)](#) wurden in insgesamt 2.005 telefonischen Interviews bei der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren per Zufallsauswahl in der Zeit vom 18.10.2023 – 25.10.2023 Daten zu den aktuellen Wahrnehmungen, Einschätzungen und Einstellungen zu Migration und Integration in Deutschland erhoben und mit den Studien der Vorjahre bis zum Studienbeginn in 2012 verglichen (vgl. S. 39).

Insgesamt zeigt die Studie über mehrere Jahre sog. Wellenbewegungen von Akzeptanz, z. B. in den Zeiträumen von 2015 bis 2017 (Fluchtmigration aus Syrien, Afghanistan, etc.) sowie 2021 bis 2023 (Russischer Angriffskrieg und Fluchtmigration aus der Ukraine), bei denen sich Zuspruch und Kritik an den Umständen abgewechselt haben. Der Verlauf der Studienjahre zeige insgesamt, dass es immer eine gewisse Zwiespältigkeit gegeben hat, diese jedoch mit dem sprunghaften Anstieg von Zuwanderung stärker zunehme: „Das heißt, die für Zuwanderung grundsätzlich offene Gesellschaft reagiert auf punktuell stark steigende Fluchtmigration mit Schließungstendenzen. Die ambivalente Grundhaltung neigt sich in Krisenzeiten hin zu einer vermehrten Skepsis“ (S. 35). Als mögliche Hintergründe werden Ängste der Befragten vor möglichem Kontrollverlust bzw. Entgrenzung genannt. Ein staatliches Eingreifen werde dann oft als sinnvoll erachtet und biete schnell Raum für Politisierungen, insbesondere durch rechte Gruppen. Die Rolle der medialen Berichterstattung sei dabei groß, Aufmerksamkeit erregten vor allem Berichte, die die Ängste bestätigen (vgl. S. 35).

Die Ergebnisse stellten dar, dass viele Befragte dem wirtschaftlichen Nutzen von Migration gegenüber offen sind, Arbeitsmigrantinnen werde im Vergleich zu Asylsuchenden eher mit Offenheit begegnet. Eine Empfehlung aus den Studienergebnissen richtet sich an die Politik, Erwerbchancen für Schutzsuchende schneller zu ermöglichen.

Kritische Einstellungen gegenüber Schutzsuchenden werden gemäß den Ergebnissen der Studie eher bei älteren Befragten über 60 Jahre sowie bei Befragten mit Volks- bzw. Hauptschulabschluss festgestellt. Jüngere Befragte zeigten eher eine positive Einstellung gegenüber Schutzsuchenden. Hier empfehlen die Studienverantwortlichen demokratiefördernde Projekte. Der Anteil der Befragten, die Probleme in den Schulen sehen, sei im Verlauf der Studienjahrgänge gestiegen, daher werden nach Ansicht der Studienverantwortlichen zeitgemäße Unterrichtskonzepte für eine vielfältige Gesellschaft benötigt, Zugänge zu Bildung sollten gefördert werden.

Eine weitere Empfehlung ist die dringende Schaffung bezahlbaren Wohnraums: Sorge bzw. Diskriminierungserfahrungen in Bezug auf die Wohnungssuche gaben Menschen mit Migrationshintergrund häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund an (vgl. S. 38).

Kriminalstatistik in NRW

Laut [Pressemeldung der Polizei NRW zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2023](#) vom 03.04.2024 wurden in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2023 insgesamt 1,4 Millionen Straftaten erfasst. Damit stieg die Zahl um 3,4 % im Vergleich zum Vorjahr an. Die Aufklärungsquote lag bei 54,2 % und damit auf dem höchsten Wert seit 1962. Eigentumsdelikte und Gewaltkriminalität sind angestiegen. Innenminister Reul bemerkt dazu, dass Krieg und Krisen, Inflation und gestiegene Preise sowie Migration für einen Anstieg der Straftaten mitverantwortlich seien. Ein Drittel der Tatverdächtigen (34,9 %) hatte keinen deutschen Pass. Weitere Informationen liefern auch die [Infografiken der Polizeilichen Kriminalstatistik NRW für das Jahr 2023](#). In einem [WDR-Artikel vom 21.03.2024](#) werden die Länder benannt, aus denen die meisten nichtdeutschen Tatverdächtigen stammen: Syrien, Afghanistan und Irak. Laut Oliver Huth vom Bund Deutscher Kriminalbeamter stünden Schutzsuchende besonders unter Druck, etwa eigene mit der Flucht verbundene Kosten zu begleichen oder Familien zu unterstützen. Patriarchale Sozialisationen spielten ebenfalls eine Rolle.

Bundesweit zeigt sich laut [Bericht des BKA vom 09.04.2024](#) ein ähnliches Bild. Es gibt einen Anstieg bei nichtdeutschen Tatverdächtigen von 2022 auf 2023 um 13,5 %. Begründet wird dies mit der gestiegenen Zuwanderung.

Der [Kommentar von Jan-Frédéric Willems in der Tagesschau am 09.04.2024](#) zeigt wichtige Fallstricke in der Lesart der jeweiligen Statistiken auf: So gebe es etwa insgesamt viel mehr Zuwanderinnen in Deutschland als früher und als ausländisch wahrgenommene Menschen würden viel häufiger angezeigt als Personen, die als Deutsche wahrgenommen würden.

Termine

Online-Veranstaltung, Strategisch gescheitert ... Der Afghanistan-Zwischenbericht und was folgt daraus? 20.04.2024, 13.30 – 17.00 Uhr, Evangelische Akademie Villigst, Informationen und Anmeldung [hier](#).

Online-Austausch: Asylbewerberleistungen in der Praxis, 23.04.2024, 17.30 – 19.00 Uhr, Flüchtlingsrat NRW, Informationen und Anmeldung bis zum 21.04.2024 [hier](#).

Demonstration gegen die Politik der CDU / Besuch Friedrich Merz, 26.04.2024, 18.30 Uhr, Verein Tacheles e. V., Ort: Vohwinkeler Str. 115, 42329 Wuppertal.

Diskussion – Gespräch – Ausstellung: ABSCHIEBUNG NACH TADSCHIKISTAN - Vom Schreibtisch in den Knast, 27.04.2024, 17.30 – 21.30 Uhr, Pauluskirche Dortmund / Abschiebungsreporting NRW / Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen, Ort: Pauluskirche Dortmund, Schützenstr. 35, 44147 Dortmund, Informationen und Anmeldung [hier](#).

Vortrag und Diskussion: "Remigration". Geheime Deportationspläne oder schon aktuelle Politik? 29.04.2024, 19.00 Uhr, Antifaschistischer Salon / Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Ort: Alte Feuerwache Köln, Melchiorstraße 3, 50670 Köln

Online-Schulung: Basisseminar Asylrecht, 29.04.2024, 17.00 – 20.00 Uhr, Flüchtlingsrat NRW, Informationen und Anmeldung bis zum 26.04.2024 [hier](#).

Online-Veranstaltung: Engagement voranbringen - Antisemitismus im Ehrenamt: Wie erkennen wir ihn? 02.05.2024, 17.00 – 18.30 Uhr, Landesservicestelle für bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen, Informationen und Anmeldung [hier](#).

Workshops und Podiumsdiskussion, Wo endet Europa? – Grenzräume, Grenzüberschreitungen und Grenzerweiterungen in der Diskussion, 07.05.2024, 16.00 – 20.00 Uhr, Centre Ernst Robert Curtius (CERC) der Universität Bonn / Institut français Bonn / Friedrich-Ebert-Stiftung, Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Informationen und Anmeldung [hier](#).

Online-Austausch: Finanzierung ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe, 07.05.2024, 17.00 – 18.30 Uhr, Flüchtlingsrat NRW, Informationen und Anmeldung bis zum 05.05.2024 [hier](#).

Mitgliederversammlung Flüchtlingsrat NRW und Vorträge: Lebenssituation für Flüchtlinge mit Behinderung/Chancen im Asylverfahren für Flüchtlinge aus der Türkei, 15.05.2024, 13.30 - 18.00 Uhr, Flüchtlingsrat NRW, Ort: KEFB - Katholische Erwachsenen- und Familienbildungsstätte, Am Bergbaumuseum 37, 44791 Bochum, Informationen und Anmeldung [hier](#).

Online-Veranstaltung, FAIREUROPE4ALL: Auch für Wanderarbeiterinnen in der Landwirtschaft?, 15.05.2024, 19.00 – 20.30 Uhr, Evangelische Akademie Villigst, Informationen und Anmeldung [hier](#).

Online-Austausch: Bildungsteilhabe geflüchteter Kinder und Jugendlicher, 16.05.2024, 17.30 – 19.00 Uhr, Flüchtlingsrat NRW, Informationen und Anmeldung bis zum 14.05.2024 [hier](#).

Online-Seminar: Traumasensibler Umgang mit Flüchtlingen, 21.05.2024, 17.00 – 20.00 Uhr, Flüchtlingsrat NRW, Informationen und Anmeldung bis zum 14.05.2024 [hier](#).

Online-Seminar: Landesaufnahmeeinrichtungen, Angebote für Kinder und Jugendliche, 23.05.2024, 17.00 – 18.30 Uhr, Flüchtlingsrat NRW, Informationen und Anmeldung bis zum 21.05.2024 [hier](#).

Praxistagung Flucht und Ehrenamt: Engagiert für Schutzsuchende in der aktuellen politischen Situation, 25.05.2024, 9.30 – 17.15 Uhr, Institut für Kirche und Gesellschaft / Diakonie RWL / Flüchtlingsrat NRW / Train of Hope Dortmund e.V. / LebensWERT Iserlohn e.V., Ort: Ev. St. Mariengemeinde, Kleppingstraße 5, 44135 Dortmund, Informationen und Anmeldung [hier](#).

Online-Schulung: Das Konstrukt „sichere Herkunftsstaaten“ – Hintergründe und Auswirkungen auf Betroffene, 05.06.2024, 17.00 – 19.00 Uhr, Flüchtlingsrat NRW, Informationen und Anmeldung bis zum 03.06.2024 [hier](#).

Online-Veranstaltung: Engagement voranbringen - Antisemitismus im Ehrenamt: Antisemitismus im Ehrenamt: Was können wir dagegen tun? 13.06.2024, 17.00 – 18.30 Uhr, Landesservicestelle für bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen, Informationen und Anmeldung [hier](#).